Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M.; Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich-Ungarn vierteljährlich 5 K 45 h.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telesph. Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Jubiläums-Nummer.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig u. Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 75 Pf.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M. Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).

Nr. 179. Sonntag 30. Juni 1907. 101. Jahrgang.

Für alle mir zu dem 100jährigen Jubiläum des Leipziger Tageblattes etwa zugedachten Glückwünsche sage ich im voraus höflichen Dank. Ich verbinde damit die ergebene Mitteilung, daß ich von jeder Feier Abstand genommen habe und mich auf die Herausgabe dieser Jubiläumsnummer beschränke.

E. Polz

Verlag des Leipziger Tageblattes.

Das Wichtigste vom Tage.

* In Gegenwart des Königs, des Prinzen Johann Georg und seiner Gemahlin, sowie zahlreicher Vertreter sächsischer Staatsbehörden wurde gestern mittag in Dresden die Jubiläumsausstellung des Verbandes sächsischer Bäckerinnungen Saxonia eröffnet. (S. Sachsen.)

* In Eisenach tagte eine große Versammlung Industrieller aus allen Teilen Deutschlands einstimmig eine Resolution, in der die Gründung eines Verbandes deutscher Betriebskassen gewünscht wird.

* Der preußische Landwirtschaftsminister wird am Montag von Posen aus eine Reise nach den Ansiedelungsdörfern antreten.

* In Berlin wurde gestern die Allgemeine Ausstellung von Erfindungen der Kleinindustrie eröffnet.

* Die ersten Delegierten der Friedenskonferenz werden am Dienstag von der Königin Wilhelmina in Audienz empfangen werden. (S. Friedenskonferenz.)

* Der Herzog von Orléans hat die aufrührerischen Bewegungen mißbilligt. (S. Ausl.)

* Der Khedive ist in Stambul eingetroffen und vom Sultan in Audienz empfangen.

Jubiläum.

Das Leipziger Tageblatt hat sich in politischer Beziehung erst reichlich spät so entwickelt, wie es die Größe, Bedeutung und Eigenart seines Erscheinungsortes, sein eigenes ehrwürdiges Alter und seine viele Jahrzehnte völlig unbestrittene überragende Stellung lange vorher ermöglicht hätten. Vielerlei Ursachen sind zusammengekommen, um diese Zurückhaltung zu bedingen. Als ausschlaggebend aber muß doch gelten, daß lange Zeit überhaupt der Wille zur politischen Betätigung nicht vorhanden war. Die Erkenntnis der unlösbaren Verbindung zwischen Politik und wirtschaftlichem Leben war noch nicht in weite Kreise gedrungen. Politik wurde als ein Ding für sich, wohl gar in manchen Kreisen als eine Art brotloser Kunst betrachtet, der sich ehrbare und strebsame Bürger am besten fernzuhalten hätten. Auch heute ist diese Ansicht noch nicht ganz ausgestorben, immerhin viel seltener geworden. Aber bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein galt es noch als Zeichen weißer Prinzipien, auch bei vielen Zeitungsverlegern, sich um die gefährlichen politischen Angelegenheiten nur gerade so viel zu kümmern, wie die Notwendigkeit erforderte. Und solche Notwendigkeiten schienen dem Geiste jener Periode nicht allzu häufig. Uebrigens sprach der nächste Erfolg für diese Auffassung. Das Publikum vermißte kaum etwas, und der wirtschaftliche Ertrag des Blattes genügte allen billigen Ansprüchen. Ein Sporn durch lokale Konkurrenz war nicht vorhanden, und so ließ man mit nachsichtigem Lächeln Plätzen wie Köln und Frankfurt a. M. durch ihre politische Presse in dieser Hinsicht einen Vorrang gewinnen, der durchaus nicht natürlich bedingt war. Das früher Versäumte mußte nachher unter großen Opfern nachgeholt werden, aber es hat langer Zeit bedurft, bis das Blatt seinen guten Ruf auf vielen anderen Gebieten, besonders auf dem des Handels, auch in politischen Dingen Geltung verschaffen konnte.

Aber wenn auch früher der Wille zum politischen Einfluß nicht sehr stark ausgeprägt war, sich kaum systematisch bekundete und immer erst auf den Druck der Geschehnisse wartete, so darf man dafür doch eins heute mit großem Stolze bekennen: Das Leipziger Tageblatt ist stets ein gut nationales und zuverlässig liberales Blatt gewesen. Das ist ihm mehr als einmal teuer zu stehen gekommen. Aber es hat alle Proben und Anfechtungen tapfer und ehrenvoll bestanden, hat sich, um nur an eins zu erinnern, vor Jahren den Amtsblattcharakter nehmen lassen seiner liberalen Gesinnung wegen, und ist bis auf den heutigen Tag ein liberales Organ geblieben. Es ist hier wohl die Gelegenheit, um der Verleger des Leipziger Tageblattes, der alten wie der neuen, zu gedenken und eine Ehrenschuld der Redaktion abzutragen. Wie das Blatt selbst, so ist auch der Verlag von jeher liberal gewesen. Das hat die politische journalistische Arbeit wesentlich erleichtert. Dazu ist aber gekommen, daß die Redaktion sich gerade in ihrer politischen Haltung einer Unabhängigkeit erfreut hat, die vorbildlich genannt werden darf. Jeder Journalist mit einiger Praxis wird dies theeile Gut ganz außerordentlich schätzen und mit Schauder an trübe Erfahrungen denken, die er der Verquickung von Politik und Geschäft oder auch Diktatorentum verdankt. Es ist immer leichter gewesen, sich zu einem Programm zu bekennen, als nach solchem Programm auch zu handeln. Und da schließlich auch Redaktionen nicht unfehlbar sind, so ist es um so höher anzuschlagen, daß der Verlag des Leipziger Tageblattes den Mut zur liberalen Praxis nicht verloren hat, auch wenn das Gegenteil eine sichere Ersparnis materieller Opfer ermöglicht hätte.

Aus unseren eigenen Erlebnissen kann das mit absoluter Sicherheit festgestellt werden. Es war kurz nach dem Ablauf des glücklicherweise entschlafenen Kartells zwischen den sächsischen Nationalliberalen und Konservativen, das so arg verwüstend auf die Klarheit der politischen Erkenntnis unserer Bevölkerung gewirkt hat, als der Verlag des Leipziger Tageblattes sich in vornehmster Weise zu seiner Redaktion bekannte. Formell war das Kartell zwar schon gelöst, aber der Geist der Verwischenheit und Unentschiedenheit hielt noch die weitesten Kreise im Bann, und ein neues generelles Abkommen gehörte durchaus nicht zu den Unmöglichkeiten. Da benutzte die Redaktion des Blattes im Herbst 1903, nach den Unglückswahlen und der ersten Wahlreformkundgebung der sächsischen Regierung, die Gelegenheit, um aus der Lauheit und Zaghaftigkeit jener Tage herauszusteuern und den unverwischenen Liberalismus wieder zur Geltung zu bringen. Es war unter den damaligen Verhältnissen ein Wagnis und zeitigte zunächst Verblüffung und Empörung gerade in den tonangebenden politischen Kreisen, während in den Massen des sonst ziemlich indifferenten Publikums der neue Ton sofort Anklang fand. Indessen ist es eine alte journalistische Erfahrung: Auf zehn (meistens anonyme) gegnerische Zuschriften kommt höchstens eine Zustimmungserklärung, auch wenn die Art der Wirkung des Geschriebenen die umgekehrte Proportion gerechtfertigt hätte. Und dabei waren es gerade die ausschlaggebenden politischen Faktoren, die sich gegen die neue Orientierung des Blattes erklärten, den Verlag mit Zuschriften überschütteten und ihn zum Eingreifen veranlassen wollten. Da blieb der Verlag so fest und setzte solches Vertrauen auf seine Redaktion, daß er ihr nicht einmal Mitteilung von dem Ansturm machte und alle Versuche, ihn umzustimmen, abwies. Die Ereignisse haben der Redaktion recht gegeben. Die Entwickelung ist den von ihr damals als richtig erkannten und beschrittenen Weg gegangen. Und noch heute kann das Blatt mit Genugtuung auf seine Haltung in jenen kritischen Tagen zurückblicken, wie es in exponiertester Stellung für den Liberalismus gekämpft und seine Gesundung angebahnt hat.

Seit jener Zeit hat sich vieles in der Entwickelung des sächsischen Liberalismus zum Besseren gewandt. Er hat seine Selbständigkeit, die erste Vorbedingung des Gedeihens, wieder erlangt, hat sich neu organisiert, ist wieder im Reichsparlament gebührend vertreten und hat überhaupt an Energie und an Klarheit wesentlich gewonnen, so daß heute die nationalliberalen Sachsen zum linken Flügel der Partei gerechnet werden. Wer die Kartellzeiten als Politiker mitgemacht hat, kann sich häufig nur schwer eines Lächelns erwehren, wenn ihm dieser Umschwung der Dinge an einem Beispiel der Tagesgeschichte vor Augen geführt wird. Ueberaus komisch zum Beispiel wirkte es, wie die Leitung der nationalliberalen Partei auf dem Parteitage in Dresden vor zwei Jahren aus einer Verwunderung in die andere fiel, als ihr die Aeußerungen aus den Reihen der gewandelten sächsischen Freunde entgegenklangen. Ein Redner meinte ganz elegisch: „Wir sind in der Erwartung hierhergekommen, gelobt zu werden, und werden nun abgelanzelt. Das hätten wir gerade von den Sachsen nicht erwartet.“ Fügen wir hinzu, daß der Redner nicht einmal so unrecht hatte. Denn die Erkenntnis war den Liberalen Sachsens viel rascher gekommen, als man im Reiche vermuten konnte. Sie hat sich inzwischen so gefestigt, daß heute wegen eines Rückfalles in die alten Fehler keine Sorge mehr zu herrschen braucht. Vielmehr ist heute begründete Hoffnung, daß die Verständigung unter den Liberalen aller Schattierungen weitere Fortschritte macht und eines Tages doch noch zu der von allen selbstlos Interessierten herbeigesehnten Verschmelzung führt. Bis dahin muß freilich noch tapfer gearbeitet werden. Die nächsten politischen Ziele sind die Gewinnung des den natürlichen Bedingungen unseres Volkes und Erwerbslebens entsprechenden liberalen Einflusses in den sächsischen Kammern, die Reform des sächsischen Wahlrechts im liberalen Sinne und die immer intensivere Aufklärung unseres Volkes, seine Befestigung im vaterländischen Gefühl und seine Liberalisierung, die ihm allein Wohlfahrt und Freiheit verheißt. In dieser Arbeit sehen wir das Heil, und hieran mitzuarbeiten, soll unsere Aufgabe für die Zukunft sein und uns Richtung und Haltung bestimmen, wobei wir auf die Einsicht und Zustimmung unserer Leser und die stetig fortschreitende Erkenntnis der Notwendigkeit liberaler Betätigung in unserem Volke zuversichtlich hoffen. Dazu meinen wir ein Recht erworben zu haben, wenn auch nicht durch Unfehlbarkeit, so doch durch die ehrliche Arbeit für die Sache des nationalen Liberalismus. Das ist unser politisches Bekenntnis am Jubiläumstag des Leipziger Tageblattes.

Zehn Jahre deutscher Sozialpolitik.

Am 1. Juli dieses Jahres sind gerade zehn Jahre vergangen, seitdem Graf Posadowsky als Nachfolger Bötticchers das Reichsamt des Innern übernahm. Ein mehrfaches Jubiläum für den Grafen wie für seine Freunde nach dem was vor einer Woche geschehen ist. Aber doch auch wieder ein frohes Jubiläum, weil es ihm daran gedacht werden darf, welche erfreuliche Wandlung sich auf dem Gebiet der deutschen Sozialpolitik in diesem Jahrzehnt vollzogen hat, eine Wandlung, die zugleich mit dem Namen und der Person des Grafen Posadowsky aufs engste verknüpft ist.

Als Posadowsky am 1. Juli 1897 aus dem Reichsschatzamt, das er seit Maltzahns Abgang im Jahre 1896 mit reichem Erfolg verwaltet hatte, die Leitung des Reichsamts des Innern übernahm, herrschte in Deutschland die schlimmste politische Reaktion. Freiherr v. Berlepsch war im Jahre vorher aus dem preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe geschieden. Präsident Böttcher hatte das Reichs-Versicherungsamt verlassen, und die Tage Rottenburgs waren gezählt. Freiherr von Stumm aber herrschte! Der König der Eisenschmiede prägte der deutschen Sozialpolitik ihr Gepräge auf. Seinem Einfluß beugte man sich bis in die höchsten Kreise hinauf. Dabei war man in seinem Sinn sozial. Die Arbeiterfreundlichkeit bestand in Humanität. Der Patriarchalismus, wie er in den Stummschen Werken mit seinen guten und seinen schlechten Seiten herrschte, war das Ideal auch für die Sozialpolitik im großen. Man war nicht abgeneigt, vielerlei für die Arbeiter zu tun, aber sie sollten alles nur dankbar empfangen, nicht mitwirken. Ihre Berufsorganisationen schienen vielmehr staatsgefährlich. Selbst die christlichen Arbeitervereine waren verpönt. Sozialpolitisch interessierte Pastoren wurden verfolgt, die Kathedersozialisten standen auf der schwarzen Liste.

Auch Graf Posadowsky erschien zunächst, als er das Reichsamt des Innern übernahm, von keinem anderen Geist beseelt. Die Verhandlungen über die Revision der Unfallversicherung im Jahre 1898 und über das Arbeitswilligengesetz 1899 zeigen deutlich, wie er noch ganz unter dem Bann der ihm gezeichneten Einflüsse stand, sich noch zu keiner eigenen sozialpolitischen Stellung durchgerungen hatte, in der er von höherer Warte aus die Probleme hätte übersehen können. Aber da erreichte er auch den Tiefpunkt seiner sozialpolitischen Stellung. Die Zuchthausvorlage, mit der für ihn bis heute höchst peinlichen 12000 Mark-Affäre charakterisierten diesen Punkt. Nach dieser Niederlage der Regierung wurde es anders.

Hatte Posadowsky bisher unter dem Bann der Stummschen Periode gestanden, so wurde er jetzt freier. Der Einfluß des Hallberger Schloßherrn nahm ab und der Graf begann sich immer tiefer in die Probleme hineinzuarbeiten. War er bisher nur der preußische Verwaltungsbeamte gewesen, der in seiner Posener Zeit und im Reichsschatzamt in dem Zirkeltreis seiner Standesgenossen gelebt und gewirkt hatte, so erschloß sich ihm jetzt mehr und mehr das industrielle Deutschland mit seinen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnissen. Zwar ein Mann mit stark agrarischen und schutzzöllnerischen Neigungen ist er auch beim Abschluß der Handelsverträge trotz aller Schwankungen geblieben. Aber in der Sozialpolitik weitete er seinen Blick. Er lernte um. Er schämte sich nicht, bei besserer Einsicht seine Anschauungen zu wechseln, seine Urteile zu revidieren. Immer klarer wurde ihm die Notwendigkeit einer von sozialen Reformen getragenen Sozialpolitik zu Nutz und Frommen der Nation und des Staates, nicht zuletzt auch der Industrie, mochten ihr damit zunächst auch neue Opfer aufgebürdet werden. Er gewann auch Verständnis für die Arbeiterbewegung. Zwar die Sozialdemokratie hat er mit Fug und Recht wegen ihrer staatsfeindlichen Tendenzen und ihrer Predigt des Klassenhasses bis zuletzt bekämpft. Er gab sich aber Mühe, sie gerecht zu beurteilen, und nur reaktionäre Scharfmacher können ihm heute nachreden, er sei ihr zu weit entgegen gekommen. Er suchte auch Verständnis zu gewinnen für die gewerkschaftliche Arbeit, für die Arbeiterorganisationen. Der Erfolg ist denn auch nicht ausgeblieben. So scharf ihm die Sozialdemokratie entgegentrat, sie konnte schließlich doch nicht anders, als ihn achten, vor seinem Fleiß Respekt haben und seinen guten Willen anerkennen. Und für die nicht sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen wurde er geradezu der Mann, durch den sie wieder Vertrauen gewannen zur Sozialpolitik der Regierung, das sie in den Tagen der Stummschen Herrschaft mehr oder weniger verloren hatten.

Diese ganze Wandlung Posadowskys spiegelte sich in der Wandlung der Sozialpolitik der letzten Jahre wieder, veränderte die sozialpolitische Stimmung in weiten Volkskreisen und trug auch reiche Früchte gesetzgeberischer Arbeit. Namentlich in den Jahren 1900—1904. Hier kamen bedeutsame Reformen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes zur Durchführung. Wir zählen die wichtigsten auf: die Novelle zu dem Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherungsgesetze. Die Revision der Seemannsordnung, das Kinderschutzgesetz, die Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz und die Errichtung der Kaufmannsgerichte, die Regelung der Arbeitszeit in offenen Läden, Schutz der Gehilfen in Gastwirtschaften, die Einführung des sanitären Arbeitstages in verschiedenen Gewerben, das Verbot der Phosphorzündhölzer. Auch wichtige Organisationen wurden unter ihm geschaffen. So die Einrichtung der arbeitsstatistischen Abteilung im Kaiserlich Statistischen Amt und die Schöpfung der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Schließlich sei auch noch darauf hingewiesen, welches lebhafte Interesse der Graf der Seuchenbekämpfung, der Heilstättenbewegung und der Wohnungsreform entgegenbrachte, Arbeiten von eminentem Gewicht auf sozialem Gebiet.

Ueberblickt man diese ganze sozialpolitische Tätigkeit des letzten Dezenniums, so zeigt sie, wie fruchtbar sie war in einzelnen Gesetzen und Organisationen, vornehmlich aber, wie sich das sozialpolitische Urteil in den Regierungskreisen und in weiten Volkskreisen geändert hat. Das Bekenntnis zur Sozialreform ist zu einem unentbehrlichen Teil des Regierungsprogramms geworden. Nichts bereitete darum den Gegnern des Grafen Posadowsky größeren Schrecken in ihrer Freude über seinen Sturz, als der Zweifel seiner Freunde an der Fortsetzung der bisherigen Sozialpolitik. Denn das ist das Erbe dieses Dezenniums Posadowskyscher Sozialpolitik, daß man die sozialpolitischen Forderungen im Volk als Maßstab anlegt an die Volksfreundlichkeit der Regierung, und volksfreundlich möchte man doch immer erscheinen.

Posadowsky ist es nicht vergönnt gewesen, das Werk der Arbeiterversicherung zu Ende zu führen, und die wichtigste Arbeiterforderung, die der Koalitionsfreiheit, zu realisieren. Das bleibt seinem Nachfolger vorbehalten. Aber der wachsende sozialpolitische Reichtum dieser zehn Jahre bleibt mit seinem Namen aufs engste verknüpft. Er, der einst ein Gesetz wie die Zuchthausvorlage verteidigen konnte, wurde zum Träger einer Sozialpolitik, deren nationale Pflicht er mit erschütternden Worten den noch „Bildung und Besitz maßgebenden Kreisen unseres Volkes“ vorhielt. Seine Tätigkeit als „Minister für Sozialpolitik“, wie er sich stolz nannte, umschloß eine Geschichtsperiode, die von den Tagen der Herrschaft Stummes, der keine Koalitionsfreiheit dulden wollte, und mochte sie nur in der Organisation christlicher Arbeiter stehen — bis zu dem Moment führt, wo uns ein freies Reichsvereinsgesetz verliehen worden ist, das auch den Arbeitern die Koalitionsfreiheit bringt. Das ist eine sozialpolitische Entwickelung, auf die wir, mag im einzelnen die Kritik noch so scharf einsetzen können, stolz sein dürfen.

Einkreisung.

Als der Zar sich in seinem September-Manifeste von 1898 zu der Abrüstungsidee bekannte, wurde alle Welt überrascht. Bis dahin waren die offiziellen Kreise jeder Verbindung mit den so gar nicht sozialistischen Gesellschaften der Friedensfreunde aus dem Wege gegangen. Frau Bertha hat sich als die große Kämpferin bewährt, die den ersten Reisigen auf Europas Thronen erworben hat und gleich einen so mächtigen! Freilich munkelten die Nörgler, daß die ungünstigen Ergebnisse der russischen Ausbeutung weit durchschlagender gewirkt hätten, als die flammende Beredsamkeit der verehrungswürdigen Evangelistin.

Heute sitzt ein zweiter Friedensschwärmer auf einem großen Throne. Wiederum treten die Nörgler mit ihrem alles schwärzenden Zweifel hervor. Nicht die lauteste Humanität sei der Bestimmungsgrund für die rastloser Bemühungen des alternden Herrschers, der seine Bequemlichkeit in fieberhaften Reisen beinahe noch zur Winterszeit der „großen Sache“ aufopfere. Er verfolge vielmehr den Zweck, durch eine diplomatische Aktion im großen Stil Deutschlands aufstrebende Seemacht in ihrer Maienblüte zu knicken. Die Friedensheuchelei liefere ihm den Vorwand, uns entweder zu einer für uns nachteiligen Verminderung unserer Flotte durch einen nicht ganz sanften moralischen Zwang zu nötigen oder aber unser Volk als den einzigen Friedensstörer im friedlichen Konzert der europäischen Mächte zu entlarven. Mit dieser Bloßstellung würde aber all den friedfertigen Lämmern die Berechtigung gegeben sein, sich zu einer großen Koalition gegen den räuberischen Plane überführten Wolf zusammenzuschließen und unserer moralischen Niederlage eine politische folgen zu lassen. Zur eine solche Koalition wären aber alle Vorbedingungen durch die zahlreichen Einzelverträge der jüngsten Zeit geschaffen. Nur der Ausgang vermag zu entscheiden, ob die Lobredner des Friedensfürsten oder die Bekritteler seiner Aufrichtigkeit recht behalten. Da in England weniger der König regiert, als die beamteten Minister, die Beauftragten der jeweiligen Unterhausmehrheit, und da den ehrlichen Mr. Campbell gewiß niemand kriegerischer Hintergedanken verdächtigen wird, so dürfen wir die möglichenfalls ganz oder überwiegend ungerechten Zweifel an der persönlichen Gesinnung des Repräsentanten der englischen Staatsidee um so eher außer Betracht lassen.

Aber auch die völlige Aufrichtigkeit der englischen Friedensbestrebungen vorausgesetzt, könnten die Dinge durch ihr eigenes Schwergewicht sich genau so entwickeln, als wenn die Friedensfreundschaft nur die Maske einer kriegerischen Absicht wäre. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß eine ungünstige Stimmung in aller Welt gegen uns und unsere Politik besteht. Wir dürfen auf eine aufrichtige Zuneigung eigentlich nur in Oesterreich rechnen, das ja auch in Algeciras als einziger Sekundant uns Treue hielt. Auch in dem vielsprachigen Kaiserreich sind freilich nicht alle Völkerschaften als unsere Herzensfreunde anzusprechen.

Deutschlands Isolation ist allerdings, was die Völkersympathien anlangt, nicht von gestern. Als wir den Erbfeind in einem gewaltigen Kriege niedergezwungen hatten, da sah nicht bloß der allezeit eifersüchtige Vetter jenseits des Kanals sauersüß auf den plötzlich durch seine Einigung zur Macht gewordenen Stammesverwandten herüber, der so gar nicht sich in das englische Gängelseil einspannen lassen wollte, daß er trotz aller Mahnungen der humanitätstriefenden Briten die feindliche Hauptstadt mit Granaten beschossen hatte. Zwar leerte Zar Alexander II. ein Glas auf die deutschen Siege, die ihn von der Pontus-Sperre befreit hatten; aber der Thronfolger weigerte sich, anzustoßen und verließ die Hoftafel. Das russische Volk aber jauchzte einmütig dem charaktervollen Prinzen zu. Die Garibaldianer hatten das republikanische Frankreich mit den Waffen unterstützt; die italienischen Konservativen — einschließlich des Königs — waren im ersten Stadium des Krieges drauf und dran gewesen, Napoleon III. zu Hilfe zu eilen. Die französischen Sympathien der Schweiz äußerten sich nach der Ankunft der Kriegsgefangenen der Bourbakischen Armee in Zürich in pöbelhaften Ausschreitungen gegen die dortigen Deutschen.

Man darf also eigentlich nicht behaupten, daß die antideutschen Antipathien neuesten Datums seien. Aber schwer-

SLUB
Wir führen Wissen.